

KOMMUNALWAHLEN 2019

Hier bin ich zu Hause,
hier gestalte ich mit.



Baden-
Württemberg

Hintergrund zum Thema Arbeit

Ihre Ansprechpartner:

Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V.

Clemens Litterst

Telefon: +49 761 8974-131

E-Mail: litterst@caritas-dicv-fr.de

Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart e.V.

Sabrina Stula-Hauser

Telefon: +49 711 2633-1150

E-Mail: stula-hauser.s@caritas-dicvrs.de

Baden-Württemberg zeichnet aktuell eine sehr gute wirtschaftliche Lage aus, mit einem damit einhergehenden überdurchschnittlichen Beschäftigungs- und Wohlstandsniveau. Es herrscht nahezu Vollbeschäftigung und der niedrigste Stand an Arbeitslosigkeit seit 25 Jahren. Trotz der aktuell positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt gibt es Personengruppen (insb. Langzeitarbeitslose, benachteiligte Jugendliche, Migrant*innen, Geflüchtete und prekär Beschäftigte) die Schwierigkeiten haben in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden.

Da die sozialen Folgen der Ausgrenzung von benachteiligten Personengruppen vom Arbeitsmarkt vor allem die Kommunen vor Ort treffen, sind diese gefordert diese Gruppe besonders in den Blick zu nehmen und eine gezielte Arbeitsmarktförderung voranzutreiben.

Insbesondere **Langzeitarbeitslose** profitieren von der verbesserten Beschäftigungssituation kaum. In den letzten Jahren hat sich der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit deutlich verringert und es zeigen sich Verfestigungstendenzen. Ein weiterer Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit wird nicht ohne öffentlich geförderte Beschäftigung zu erreichen sein. Dabei bedarf es einer gezielten Unterstützung nicht nur kurz- sondern langfristiger Integrationshilfen mit begleitenden sozialpädagogischen Unterstützungsmaßnahmen. Mit dem Teilhabechancengesetz wurde aktuell zwar ein weiteres Regelinstrument entwickelt, um Langzeitarbeitslose neue Perspektiven zur Teilhabe zu eröffnen. Jedoch ist die Zielgruppe, die mit dem Instrument erreicht werden soll, aufgrund der Zugangsvoraussetzungen beschränkt. Daher wird es auch weiterhin viele Personen geben, die von der geplanten Förderung nicht profitieren und einen Bedarf an Unterstützung vor Ort haben.

Die Förderung **benachteiligter Jugendlicher** ist eine entscheidende Voraussetzung zur Verhinderung künftiger Langzeitarbeitslosigkeit. Deswegen gilt es mehr Jugendlichen den direkten Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf zu ermöglichen, schwächere Jugendliche bei diesem Übergang so gut wie möglich zu unterstützen und den Übergangsbereich zu reduzieren und zu optimieren. Spezielle Programme zur Berufsorientierung und Berufsvorbereitung bedarf es auch für schulmüde Jugendliche und Schulverweigerer, die auch nach der Erfüllung der Vollzeitschulpflicht ohne Abschluss dastehen.

Für **geflüchtete Jugendliche**, die in ihrer Heimat weder einen Schulabschluss erwerben noch eine Berufsausbildung beenden konnten sind spezielle Förderprogramme zu erarbeiten. Für sie ist die Integration in weiterführende Schulen und in die berufliche Ausbildung zentral. Zugleich müssen spezifische Unterstützungsangebote wie Sprachförderung ausgebaut werden. Ein qualifizierter Schulabschluss sowie eine Ausbildung sind unverzichtbare Voraussetzungen für eine erfolgreiche Teilhabe am Arbeitsleben und damit auch die Fähigkeit, den eigenen Lebensunterhalt selbständig zu bestreiten.

Aus dem Blick dürfen auch jene nicht geraten, die zwar in Lohn und Brot stehen, jedoch vom Verdienst ihres Beschäftigungsverhältnis nicht leben können. **Prekäre Formen der Arbeit** weiten sich immer mehr aus (Niedriglohn, Befristung, Leiharbeit, Minijob, Teilzeit, Praktika...). Personen, die gezwungen sind so zu arbeiten, sind auf ergänzende Sozialleistungen oder Zuschüsse angewiesen. Das belastet die kommunalen Haushalte. Insbesondere Frauen arbeiten in atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Hier bedarf es u.a. der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um Frauen und Alleinerziehende aus dem Niedriglohnsektor zu führen. Öffentlichen Arbeitgebern und den stadt- bzw. kreiseigenen Betrieben kommt hier eine besondere Vorbildfunktion bei der Gestaltung von Arbeitsbedingungen zu.

Die Caritas Baden-Württemberg macht sich dafür stark, dass Menschen, die von Ausgrenzung und Verarmung betroffen und bedroht sind – wie z.B. Menschen mit niedrigem Einkommen, Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Migrantinnen und Geflüchtete, nicht aus dem Blickfeld der künftigen Politik geraten. Als Teil der Kirche hat die Caritas Baden-Württemberg den Auftrag, Entwicklungen am Arbeitsmarkt kritisch zu begleiten und zu prüfen, ob Menschen sich durch Arbeit verwirklichen können oder ob Sie durch Bedingungen der Arbeit erniedrigt und von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen werden.

Aktuelle Daten und Zahlen zum Thema Arbeit

- Die **aktuelle Arbeitslosenquote** in BW beträgt 3,0% (Oktober 2018). Im Bundesvergleich weist nur Bayern eine noch niedrigere Arbeitslosigkeit auf. Der Bundesdurchschnitt beträgt aktuell 4,9%.
- Rund 470.000 Personen (Bund: 6 Millionen) leben aktuell in einem Hartz IV-Haushalt, darunter 160.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (Bund: 2 Millionen).
- Rund 52.000 Personen; und damit mehr als jeder vierte Arbeitslose in Baden-Württemberg, ist **langzeitarbeitslos** (28,1%)¹:
- In vielen Fällen sind die Betroffenen schon seit mehreren Jahren aus dem Berufsleben raus. Je länger es dauert, desto schwieriger wird es, den Weg zurück zu finden: jeder zweite Betroffene ist seit mehr als zwei Jahren arbeitslos, fast jeder vierte schon länger als vier Jahre.
- Oft steht ein ganzes Bündel von Hürden einer Beschäftigung im Weg. Das reicht von fehlender Schul- oder Ausbildung (57,9%) und mangelnden Qualifikationen (61,7%) über die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen bis zu eigenen gesundheitlichen Einschränkungen. Auch Personen über 55 Jahre sind häufiger langzeitarbeitslos (33,9%).
- 2,13 Millionen **junge Erwachsene** sind bundesweit ohne Berufsabschluss, rund 290.000 Jugendliche unter 25 Jahren sind erwerbslos (18,7% aller Erwerbslosen).
- Im August 2018 standen in Baden-Württemberg rund 24.000 unbesetzte Ausbildungsstellen knapp 12.000 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber gegenüber.
- Zwischen 2015 bis 2017 wurden annähernd 150.000 Asylsuchende in Baden-Württemberg aufgenommen. Für die langfristige Integration **Geflüchteter**, von denen rund 72% im Alter zwischen 18 und 35 Jahren sind, ist die Integration in Arbeit und Ausbildung ein Schlüsselement. Diese Integration steht insgesamt zum Teil noch auf sehr schwachen Beinen. Zwar waren im Frühjahr 2018 26% in der einen oder anderen Form erwerbstätig. Nur 9% gingen jedoch einer Vollzeitbeschäftigung nach. Bei 17% erfolgt die Eingliederung noch überwiegend in Form von Unterbeschäftigung, Qualifizierung und Fördermaßnahmen.
- Die **Erwerbsarmut** hat sich in Deutschland in den letzten 10 Jahren verdoppelt. 1,2 Millionen Erwerbstätige verdienen so wenig, dass sie auf zusätzliche Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind.
- 22,6% aller Beschäftigten arbeiten im **Niedriglohnbereich**. Der Motor des Niedriglohnbereichs sind die Minijobs, mit derzeit 7,5 Millionen Beschäftigten, wobei 4,7 Millionen Minijobber*innen ausschließlich geringfügig beschäftigt sind.

Weitere Informationen:

- <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Arbeitsmarkt-im-Ueberblick/Arbeitsmarkt-im-Ueberblick-Nav.html>
- <https://www.statistik-bw.de/Arbeit>

¹ Als langzeitarbeitslos gelten Menschen, die länger als ein Jahr keine Arbeit finden.

- Gesellschaftsreport 04/2018: Potenziale und Hemmnisse der Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt: https://www.statistik-bw.de/FaFo/Familien_in_BW/R20184.pdf
- BAG KJS: Monitor Jugendarmut in Deutschland 2018: <https://jugendsozialarbeit.news/wp-content/uploads/2018/11/Monitor-Jugendarmut-in-Deutschland-2018.pdf>
- Nationale Armutskonferenz: Armut stört. Dritter Schattenbericht zur Armut in Deutschland: <https://www.nationale-armutskonferenz.de/veroeffentlichungen/schattenbericht/>